

04.10.2007

<http://maybritillner.zdf.de/ZDFde/inhalt/0/0,1872,7101600,00.html>



Bildquelle dpa, [M] ZDF  
Hartz IV und die Folgen

## Kommando zurück im Namen der Gerechtigkeit?

### Gäste bei Maybrit Illner

Maybrit Illner diskutiert mit dem FDP-Chef Guido Westerwelle, dem regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit (SPD), dem Unternehmer Arndt Oetker sowie mit Gabriele Aurin. Die arbeitslose Bürokauffrau gründete den Verein "50plus Hilfe".



dpa  
Klaus Wowereit

Klaus Wowereit (SPD) äußert sich in seinem Buch ".. und das ist auch gut so" wie folgt: "Ziel sozialdemokratischer Politik muss es sein, Aufstiegsmöglichkeiten zu organisieren für Menschen, die nach oben wollen. Darum haben wir in der SPD uns in den letzten Jahren bisweilen nicht energisch genug gekümmert. Wir haben den kleinen Leuten zu wenige Möglichkeiten aufgezeigt, wie sich Leistung für jeden lohnt, und zwar nicht nur ökonomisch, sondern auch durch Anerkennung und Respekt."

Manchmal wundere er sich "schon, wenn ich höre, wofür die Budgets der kleinen Leute heute so ausgegeben werden. Wenn man 80 Euro im Monat für Zigaretten ausgeben kann, noch mal so viel für Lotto und Alkohol, für Bezahl-TV, Teleshopping und Handy-Gebühren, dann frage ich mich, ob das, was wir manchmal Armut nennen, nicht auch mit der verloren gegangenen Fähigkeit zu disziplinierter und mathematisch korrekter Haushaltsführung zu tun hat. Wer mit Geld nicht umgehen kann, dem ist mit einer Erhöhung der Sozialhilfe nur wenig gedient. Praktische Ökonomie sollte in der Schule viel umfassender gelehrt werden."



dpa  
Guido Westerwelle

### "Der Sozialstaat ist für Bedürftige da"

Guido Westerwelle stellt klar: "Der Sozialstaat ist für Bedürftige da, nicht für Findige. Ich finde es unfair, dass über die Erhöhung von Hartz IV nachgedacht wird, aber gleichzeitig die Verkäuferin an der Kasse oder der Facharbeiter mit Überstunden vergessen werden. Die müssen am Aufschwung beteiligt werden durch niedrigere Steuern. Alle reden im Land von sozialer Gerechtigkeit. Wer redet eigentlich noch von Leistungsgerechtigkeit? Groß ist diese Koalition nur beim Abkassieren. Die Steuererhöhungen von Union und SPD kosten eine vierköpfige Familie in diesem Jahr durchschnittlich 1400 Euro. Die Agenda 2010 war ein Schritt in die richtige Richtung, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe vernünftig." Inzwischen seien aber SPD und Union hinter die Agenda 2010 zurückgefallen. "Aus der Politik der ruhigen Hand ist die des eingeschlafenen Arms geworden."



Gabriele Aurin

Gabriele Aurin, die arbeitslose Bürokauffrau klagt an: "In diesem Land werden Bürger zu Sozialhilfeempfängern degradiert. Viele ältere Menschen ertragen die Arbeitslosigkeit nicht. Sie stürzen ab, geben sich auf, verfallen in Depressionen. Fühlen sich alleingelassen von Politik und Gesellschaft. Jemand, der noch nie arbeitslos war, kann sich nicht vorstellen, wie sich Arbeitslosigkeit anfühlt." Sie fordert daher "Anerkennung und Würdigung der Arbeit von Menschen, die lange gearbeitet haben und lange in die Sozialkassen eingezahlt haben. Wer lange eingezahlt hat, hat auch Anspruch auf eine längere Bezugsdauer. Ich fordere die Anerkennung jahrzehntelanger Arbeit anstatt Ausgrenzung."



Arend Oetker

### "Keine Rolle rückwärts"

Der Unternehmer Arndt Oetker sagt: "Wir haben kein Verständnis für eine Rolle rückwärts in die gescheiterte frühere Arbeitsmarktpolitik. Der Rückgang der Erwerbslosigkeit wird nicht von heute auf morgen erfolgen. Aber die Situation auf dem Arbeitsmarkt wird sich dramatisch ändern. Ab dem Jahr 2012 wird die Industrie verstärkt Fachkräfte suchen. In einigen Fachrichtungen, zum Beispiel auch in der Informatik, ist das übrigens heute schon so. Die Lage entspannt sich also ein Stück weit auch durch die demografische Situation."

Die deutsche Wirtschaft ist relativ gut aufgestellt, weil wir wegen der hohen Kosten immer gezwungen waren, die Produktion zu verbessern. Das aber hat dazu geführt, dass heute Jobs im Niedriglohnsektor zu geringe Chancen haben. Die Politik muss Reformen voranbringen und die sozialen Sicherungssysteme neu ordnen. Die Lohnnebenkosten sind im internationalen Vergleich zu hoch. Wir brauchen ein konkurrenzfähiges Unternehmenssteuer- und Erbschaftssteuerrecht